



Flüchtlinge kommen in der Hoffnung auf Asyl in Europa mit dem Schlauchboot übers Mittelmeer. Das sei „inhuman“, meint Wahlkreisabgeordneter Thorsten Frei. Für seine Forderung, daher das Asylrecht zu reformieren, gab es auch viel Kritik. Nun rechtfertigt er seinen Vorschlag, unter anderem gestern beim SWR. Foto: NQ-Archiv

Frei verteidigt seinen Asylvorstoß: „Es kann nicht bleiben, wie es ist“

Politik Thorsten Frei tourt in der parlamentarischen Sommerpause durch Land und Wahlkreis, vor allem, um seine Forderung nach der Abschaffung des individuellen Asylrechts zu verteidigen. Von Ralf Trautwein

Rückt der Mann aus dem Schwarzwald die CDU nach rechts? – Das wollte der Südwestrundfunk gestern von Thorsten Frei wissen. Der Wahlkreisabgeordnete des Schwarzwald-Baar-Kreises, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, verteidigte und erklärte in der populären Radiosendung „SWR1 Leute“ seine Forderung nach einer Reform des Asylrechts. Damit hatte Frei für großes Aufsehen gesorgt und eine heftige Debatte ausgelöst.

Lieber ein Kontingent?

Sein Vorschlag: das individuelle Asylrecht zugunsten eines Kontingents abschaffen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion will die Möglichkeit, in Deutschland Asyl zu beantragen, praktisch abschaffen. Stattdessen solle Europa jedes Jahr eine festgelegte Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen, die bereits im Ausland ausgewählt würden. Die Zahl der Menschen, die nach Europa und Deutschland kämen, um Asyl zu beantragen, sei erkennbar zu groß, meint Frei.

Die bisherige Praxis in Europa, die auf dem individuellen Asylrecht basiere, sei „zutiefst inhuman“ und gefährde die Gesellschaften, begründete Frei seine Forderung in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine“. Deshalb müsse man Asylpolitik „völlig neu denken“. Über Jahre, beteuert der Jurist und Politiker,



Thorsten Frei mit Radiomoderator Nabil Atassi vom SWR.

Screenshot: NQ

habe er sich mit der Thematik beschäftigt; sein aktueller Vorschlag sei die Konsequenz fortgesetzter Auseinandersetzung mit diesem Thema. Für ihn steht fest: Da es kaum gelinge, zwischen Schutzbedürftigen und Wirtschaftsmigranten zu unterscheiden, gefährde die aktuelle Flüchtlings-Politik auch die Gesellschaften Europas.

„Das Thema Flüchtlingspolitik polarisiert wie kaum ein anderes“, meinte Radiomoderator Nabil Atassi und verwies darauf, dass das Recht auf Asyl im Grundgesetz verankert ist. Tatsächlich heißt es in Artikel 16a, Absatz 1,

ganz allgemein: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Eingeschränkt wird dies durch den folgenden Absatz: Wer aus einem EU-Mitgliedstaat oder einem sicheren Drittland einreise, könne dieses Recht nicht geltend machen – weil es hier ja keine politische Verfolgung gibt. Doch hat diese Auslegung zur Folge, dass im Prinzip jeder Einwohner eines unsicheren Landes um Asyl in der Bundesrepublik ersuchen könnte. In der FAZ schrieb Frei deshalb pointiert: „Theoretisch hätten 35 Millionen Afghanen das Recht, in Deutschland aufgenommen zu werden.“

Im Südwestrundfunk sprach Frei nun Klartext: „Ich finde, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann.“ Obwohl auch er in der letzten Legislaturperiode, als noch eine Große Koalition unter CDU-Führung regiert hat, an vielen Gesetzen beteiligt gewesen ist, sei der Status Quo „völlig unbefriedigend“.

Migrationspolitik gehöre nicht an der Gesinnung ausgerichtet, sondern müsse vielmehr an den Konsequenzen ausgerichtet werden. Die „humanitäre Verantwortung“ der Deutschen und der Europäer gebiete es, „dass wir Menschen nicht auf gefährlich-

tem Weg förmlich nach Europa locken“ – Frei meint damit den Weg vieler Afrikaner im Schlauchboot übers Mittelmeer. Auf der anderen Seite müsse man auch dafür sorgen, dass die Gesellschaften in Europa nicht überfordert werden.

Als Moderator Atassi auf den Artikel 16a verwies, betonte Frei, dass dieser seit den 1990er-Jahren „kaum mehr Relevanz“ besitze – auch weil das Asylrecht in Europa „stark vergemeinschaftet“ sei. Nur 0,8 Prozent der schutzberechtigten Asylsuchenden in Deutschland könnten sich auf Artikel 16a stützen.

„Ich finde, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann.“

Das sei der Fall, wenn sie im Flugzeug direkt aus ihrem Herkunftsland, wo sie verfolgt werden, in Deutschland landen – und das sind die wenigsten. Die meisten aber reisen über Schlepperrouten zunächst in südeuropäische Staaten ein.

Dass man diese Praxis aufgrund des aktuellen Rechts zulasse, meint Frei, sei „verlogen“. Die Migranten zahlten Schleppern Tausende von Euro. Stattdessen könnte man – seiner Vorstellung von einem Kontingent folgend – eine syrische Familie auch mit einem One-Way-Ticket in den Flieger über Beirut nach Frankfurt setzen.